

„Standortfaktor Familienfreundlichkeit vom 23.6.2005

Begrüssung von Matthias Michel, Bildungsdirektor,

Sehr geehrte Damen und Herren

Es gibt **Ranglisten, Beurteilungskriterien und Ratings** für

- Lebenswerte Städte
- Steuergünstige Standorte
- Saubere Seen
- Für Kreditwürdigkeit usw.

Kennen Sie solche Kriterien und Ratings für Familienfreundlichkeit, für familienfreundliche Gemeinden und Kantone? Wohl kaum.

Eine **Schwierigkeit** – Sie erahnen es -: nach welchen Kriterien wird Familienfreundlichkeit bewertet?

Bestimmt sind es ganz **viele Aspekte** – in diesem Sinne einer gesamtheitlichen Betrachtung hat etwa die **Gemeinde Risch** im Jahr 2002 den Pestalozzi-Preis für familien- und kinderfreundliche Politik erhalten!

In vielen Punkten würde ich auch unseren **Kanton als familienfreundlich** bezeichnen. Wir sind jedoch nicht hier, um uns auf die Schultern zu klopfen, sondern um einen besonderen Aspekt der Familienfreundlichkeit zu beleuchten, bei dem es noch **Handlungsbedarf** gibt: Die familienergänzende Kinderbetreuung.

Dass Handlungsbedarf besteht, darin sind sich heute weite Kreise einig.

Wie gross dieser ist im Quantitativen und wie – im qualitativen – diese Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung zu decken ist, darüber gehen die Meinungen schon stärker auseinander.

Zum Quantitativen: Mich erstaunt, dass die neuste Studie für den Kanton Zug (Tassinari/Infras, Febr. 2005) z.B. für die Stadt Zug einen Bedarf von 310 Tagesschulplätzen gegenüber einem Angebot von 72 ausweist; somit würden also rund 240 Plätze benötigt. Gleichzeitig wissen wir aus der derzeitigen Debatte über eine 2. Tagesschule, dass für das nächste Schuljahr jedes Gesuch um Aufnahme positiv beantwortet werden konnte. Es stellt sich also die Frage, ob das Nachfragepotenzial dann wirklich zu einer echten Nachfrage führt – das ist ein grosser Unsicherheitsfaktor.

Kommen wir zum **Qualitativen**, d.h. zur Frage, auf welche Weise denn gehandelt werden soll; wie soll der immer grösser werdenden Nachfrage begegnet werden.

Hier stelle ich aus der **aktuellen (politischen) Diskussion** folgendes fest:

Es wird oft sehr schnell nach **Tagesschulen geschrien** und nach einem **direkten staatlichen Angebot**.

Also: Man fordert oft eine bestimmte **Form** von Betreuung und man hat sofort den **Staat** im Visier, welcher dieses Angebot bereit stellen soll

Meine Damen und Herren, ich meine, zuerst drängt sich eine **sachliche Analyse** auf:

- welche Formen von familienergänzender Kinderbetreuung werden überhaupt nachgefragt?
- wo werden sie nachgefragt?
- was sind die Gründe, dass private Angebote nicht bzw. ungenügend bereit gestellt werden oder ungenügend genutzt werden?

Dass solche Fragen zentral sind, und zuerst beantwortet werden müssen, bevor man direkt eine bestimmte staatliche Intervention im Visier hat, zeigen **folgende Umstände**:

- Kanton Zug hat vor 2 Jahren für sein eigenes Personal bei einem privaten Anbieter einen Jahresplatz gekauft, der dann aber nicht genutzt worden ist!!
- Ähnliches habe ich kürzlich von einer Gemeinde gehört, welche neu eine betreute Hausaufgabenstunde eingerichtet hat
- Die für die familienergänzende Kinderbetreuung im Febr. 2003 gesprochenen Bundesgelder sind erstaunlich wenig bezogen worden (ca. 60 Mio. von 200 Mio. Franken); man muss sich fragen, weshalb (Gewinnstrebigkeit verboten!)
- Im Kanton Basel-Stadt müssen bewährte Kinderkrippen geschlossen werden (weil sie den neuen, strengen Q-Vorschriften des Staates nicht mehr genügen)

Solche Diagnosen können u.a. zu folgenden Schlüssen und Forderungen führen (7 nicht abschliessende Punkte):

- mehr **Anreize** für die Erweiterung des Angebots
- Verzicht auf falsche Anreize (auch das sonst viel gepriesene Tessiner Modell hat solche: Die Ergänzungsleistungen werden bei einem Verdienst ab 50% des Durchschnittseinkommens reduziert. Also: zusätzliches Einkommen führt hier zu keiner Erhöhung des Netto-Einkommens, lohnt sich also nicht! **Negativanreiz**, ein höheres bzw. zweites Einkommen zu erzielen – entsprechend tief ist im Kanton Tessin vergleichsweise der Anteil der Zweiverdienerfamilien! (Kritik und Anregung zur Modifikation im OECD-Bericht, Kurzfassung, S. 34ff.). Durch wohlgemeinte, aber an sich falsche Anreize werden Mütter von einem Verdienst abgehalten!
- verstärkte Subventionierung nicht des Angebots, sondern der **Nachfrage**; das hiesse: Subjekthilfe, d.h. Unterstützung der nachfragenden Eltern bei

wirtschaftlicher Notwendigkeit (wettbewerbsstärkend wäre es, die **Nachfrage zu subventionieren**, indem Beihilfen direkt an die Eltern bezahlt werden:

1. Wahlmöglichkeiten seitens der Eltern werden erhöht
 2. Wettbewerbsfördernd auf Angebotsseite: kostenbewusster, nachfrageorientierter
 3. Mehr Gerechtigkeit: keine Anbieter werden bevorzugt, sondern die Eltern geben ihrem Vorzug Ausdruck (so Anregung der OECD-Studie, Kurzfassung, S. 22)
- Verzicht auf **Überreglementierungen** (gemäss der erwähnten Regelung im Kanton BS ist sogar die regelmässig private Betreuung eines einzelnen Kindes bewilligungspflichtig!)
 - Beschränkung auf ein gesundes Mass an Q-Anforderungen
 - Erhöhte **Transparenz** des Angebots evt. mit einem Rating (der Kanton Zürich kennt einen sog. „**Betreuungsindex**“ : Darstellung und Bewertung des familienexternen Betreuungsangebots in den Gemeinden – ermöglicht Transparenz und Wettbewerb!
 - Verstärkte **Koordination**

Aus dieser Diagnose und diesen Schlüssen ergibt sich dann auch die **Rolle des Staates**: Welche Rahmenbedingungen muss er setzen, damit Nachfrage und Angebot in ein besseres Verhältnis kommen als heute? Muss er, ggf. wie finanzieren?

Gerade wegen dieser Fragen bin ich gespannt, was die heutigen Referentinnen und Referenten

- zur Frage der Finanzierbarkeit sagen (Frau Kathrin Toberer)
- zur Frage der Anforderungen der Wirtschaft (Frau Regula Basler),
- sodann was die wissenschaftliche Beurteilung ergibt (Präsentation der Ergebnisse einer Diplomarbeit).

Dass schliesslich die **Schule eine wichtige Rolle** an der Schnittstelle zwischen Unterricht und Familie spielt, zeigt sich am Referat von Urban Bossard zum Baarer Modell.

Lassen Sie mich – in meiner Eigenschaft als Bildungsdirektor – abschliessend zu dieser **Rolle der Schule eine Vision** skizzieren:

Auch hier – konsequent zu meine Forderung zu Beginn – **eine Diagnose der Ausgangslage in 4 Punkten**; und zum Abschluss ein visionärer Vorschlag:

1.

Zu stark konzentriert sich die (politische) Diskussion auf die Blockzeiten. Wenn der gesamte Unterricht en bloc (z.B. je 4 Lektionen am Morgen) erteilt wird, so verbleiben z.B. für ein Erstklass-Kind gerade noch 3 Unterrichtslektionen, zu verteilen auf 4

Nachmittage und dann? Das Bedürfnis nach einer ganztägigen Betreuung ist nicht erfüllt.

2.

Entsprechend werden dann erweiterte Blockzeiten (Baarer Modell) erarbeitet. Hier stellt sich hier die Frage, wieviel an Betreuung ausserhalb des eigentlichen Unterrichts denn die Schule organisieren soll. Die Tendenz, dass die Schule zu der familienergänzenden Betreuungsorganisation für Kinder im Schulalter wird steht aber im Widerspruch zur ebenso oft gehörten Forderung, dass sich die Schule auf ihren Kernauftrag konzentrieren soll.

3.

Immer höher werden die Erwartungen, was die Schule den Kindern und Jugendlichen an Wissen und Fertigkeiten beibringen soll. Parallel dazu ertönt die Forderung, dass die Schule mehr Gefässe für Bewegung, für Handwerkliches schaffen muss. Immer mehr also; obwohl tendenziell in den letzten Jahren die Unterrichtszeiten gekürzt oder zumindest zusammengedrängt worden sind (schulfreier Samstag) – auch das ein in sich widersprüchliches Spannungsfeld.

4.

Ausgehend von diesen 4 Punkten skizziere ich ein **mögliches visionäres Modell** einer künftigen Schule bzw. Organisation des Schulalltages, der Schulwoche. Es ist dies kein Programm der DBK; es ist ein frei gedachtes, immerhin an Beispielen von Modellen von Privatschulen angelehntes Modell; bewusst habe ich es nicht von 100 Personen vorprüfen lassen – wie so oft kommen dann zuerst Einwände, weshalb es nicht geht:

In der Schweiz und insbeso. in Zug haben wir eine reiche Vielfalt haben an ausser- oder paraschulischen Angeboten im Bereich Musisches und Bewegung (Musikschulen, Jugendtanzgruppen, Kinderchöre, Kinder- und Jugendtheater, Vereinssport). Diese Ressource könnten und sollten wir verstärkt nutzen.

Meine **Vision** wäre nun, alle **diese Angebote einzubeziehen in eine Tagestruktur**: An all den schulfreien Nachmittagen steht ein Angebot zur Verfügung, organisiert durch eben die genannten **Vereine in Zusammenarbeit mit der Schule**. Die Kinder haben ein **Wahlpflichtangebot**: Mindestens zwei Angebote müssen sie wählen (z.B. eines aus dem Sport- und ein anderes aus dem musischen Bereich), an den übrigen 3 Nachmittagen können sie wählen, müssen aber nicht.

Natürlich setzt ein solches Modell z.B. voraus, das genügend Trainerinnen und Trainer nachmittags zum Einsatz kommen sollen – deshalb sind auch **Arbeitgebende** miteinzubeziehen. Aber der Gedanke, dass wir hier verschiedene Fragestellungen gleichzeitig lösen und dabei **unsere Ressourcen** besser nutzen könnten, fasziniert mich.